

Ludwig-Erhard-Preis



LUDWIG-ERHARD-PREIS FÜR

WIRTSCHAFTSPUBLIZISTIK 2012

Am 5. Juli 2012 wurde der Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik verliehen. Die Hauptpreisträger waren *Dr. Josef Joffe*, Herausgeber der Wochenzeitung DIE ZEIT, und *Dr. Jens Weidmann*, Präsident der Deutschen Bundesbank. Die Förderpreise gingen an *Marlene Halser*, freie Journalistin, *Tina Kaiser*, Wirtschaftskorrespondentin der WELT-Gruppe in London, und *Wobbeke Klare*, Redakteurin bei Quarks & Co (WDR). Frau *Klare* konnte an der Veranstaltung nicht teilnehmen. Die Laudationes sprach *Dr. Rainer Hank*, Mitglied der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik.



V.l.: Dr. Rainer Hank, Marlene Halser, Tina Kaiser, Dr. Jens Weidmann, Dr. Josef Joffe, Dr. Hans D. Barbier

Fotos: Tobias Kleinod, Berlin

Laudationes

Dr. Rainer Hank

Mitglied der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik



Dr. Rainer Hank

Es sind aufregende Zeiten. Nicht nur für Wirtschaftsjournalisten. Wir merken das an dem besorgten und geradezu hartnäckig ausdauernden Interesse, welches das Thema Europa und der Euro bei unseren Lesern auslöst. Die Angst geht um, Europa könnte, womöglich im wohlmeinenden Interesse von Solidarität und Rettung, den falschen Weg einschlagen, und dieser Weg könnte unumkehrbar sein. Umso mehr ruht der Blick dieser Tage nicht so sehr auf Brüssel oder Berlin, sondern auf Karlsruhe.

Intellektuell sind diese Zeiten allemal nicht nur aufregend, sondern auch anregend: Was haben wir nicht alles über das Wesen von Schulden, die Wirkung von Währungen oder die Fragilität von Finanzinstitutionen in den vergangenen drei Jahren gelernt? Ich freue mich ganz besonders, dass die Ludwig-Erhard-Stiftung heute mit *Josef Joffe* und *Jens Weidmann* zwei Intellektuelle auszeichnet, auf die man sich in diesen Krisenzeiten immer verlassen kann.

Zuvor aber zu den Förderpreisen, die sich nicht mit der Krise befassen. Was zuweilen zum Auf- und Ausatmen auch guttut.

Täglich verpackt und verschickt der 19-jährige *Robert Wagner* Klettergurte, Campingkocher und Biwak-Schlafsäcke. Er ist Auszubildender beim Hamburger Outdoor-Ausstatter Globetrotter. *Robert Wagner* gehört zu den rund 15 Prozent der deutschen Schulabgänger, die die Hauptschule mit schlechten Noten verlassen und sich damit nach Ansicht vieler Betriebe nicht für eine Berufsausbildung qualifiziert haben. Doch dann empfahl man ihn an Globetrotter, eben jenen Outdoor-Ausstatter, wo sie Motivation und Leistung wichtiger nehmen als Schulnoten. Dort erhielt er seine Chance.

Marlene Halsers Text „Scheitern ist bei uns erlaubt“ schildert mehrere solcher scheinbar aussichtsloser Fälle von Schülern ohne Chance und Unternehmen, die sich dem erfolgreich entgegenstemmen. Wir prämiieren eine Sozialreportage ohne Sozialkitsch, deren Lektüre gute Laune macht. Denn es ist unmittelbar einleuchtend, dass gerade die erste Berufsstation für Jugendliche alles entscheidet. Es geht um Integration und Inklusion. Schließlich bringt der Beruf nicht nur Einkommen, sondern auch Sinn. Wie schlimm Jugendarbeitslosigkeit sein kann, lässt sich in den Krisenländern Spanien oder Portugal beobachten.



Marlene Halser

Wobbeke Klare, die zweite Preisträgerin, zeichnet für eine Sendung aus der Reihe „Quarks & Co“ zum Thema „Armut und Reichtum in Deutschland“ verantwortlich. Dafür hat sie unter anderem einen kurzen Fernsehfilm gedreht über *Leo* und *Leon*, zwei gleichaltrige Buben aus Düsseldorf, deren Lebenswelten unterschiedlicher



Wobbeke Klare

nicht sein könnten. Denn von Niederkassel nach Lierenfeld ist die soziale Entfernung unermesslich. Das war nicht immer so, lernen wir in Frau *Klares* Einspieler: Die soziale Entmischung – was für ein grausiges Wort – schreitet voran. Gemischte Viertel werden immer seltener. Die Mittel- und Oberschichten gesellen sich immer mehr zu ihresgleichen; die Unterschichten auch. Wo aber die Welten getrennt sind, da fehlt jegliches Anregungsumfeld für soziales Lernen und Abgucken von Aufstiegswegen. Wo alle von Hartz IV leben, da liegt es nahe, als Kind anzunehmen, das sei der Normalfall.



Marlene Halser und Wobbeke Klare haben es in Text und Film geschafft, Fragen von Verteilung, Partizipation, Aufstieg und Bildung mit Empathie zur Darstellung zu bringen, ohne ins Moralisieren zu verfallen. Deshalb erhalten sie den Ludwig-Erhard-Förderpreis.



Tina Kaiser

Tina Kaiser, die dritte Wirtschaftsjournalistin, die wir auszeichnen, nimmt sich eines auf den ersten Blick spröderen Themas an, um das viele einen Bogen machen: „Die Bilanzversteher“ ist ihr Beitrag überschrieben. Da schreibt sie über den mächtigen International Accounting Standards Board IASB in London, der international Bilanzierungsstandards für Unternehmungen festsetzt. In die Kritik gekommen war das IASB in der Finanzkrise, da es doch für den Absturz der Aktienmärkte verantwortlich gewesen sei, weil nach seinen Richtlinien der Preis bestimmter Wertpapiere ständig den Marktbedingungen angepasst werden musste. Tina Kaiser macht aus diesem Thema keine akademische Abhandlung, sondern einen Ortstermin. Sie spricht mit Elke König, die damals Chefin des Board war, heute steht sie an der Spitze der deutschen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Die Jetztzeit-Bewertung der Wertpapiere zeige das Fieber einer Bank an, sagt die Board-Chefin. Das Fieberthermometer wegzwerfen, helfe nichts. Schönes Bild, finde ich. Die Argumente des Board werden in Tina Kaisers Text anschaulich und plausibel; man muss sie trotzdem nicht teilen. So stellt die Jury sich die mühsame, journalistisch gelungene Nachbereitung der Finanzkrise vor. Meinen Glückwunsch.

„In dem magischen Alter zwischen ‚Eins, zwei, drei, vier Eckstein, alles muss versteckt sein‘ und dem Herumlungern auf der NSU Quickly bestand meine Welt aus hundertfünfzig Metern Wittelsbacherstraße zwischen der Bayerischen und der Württembergischen in Berlin Wilmsdorf. Hier hat nicht der Kalender, sondern die Kleidung die Jahreszeiten festgelegt. Kurze Hosen – Frühling. Halb nackt an der Straßenpumpe – Sommer. Lange Hosen – Herbst. Geschnürte Skischuhe – Winter.“

So beginnt ein wunderschönes Prosastück mit der Überschrift „Unter aller Augen“, in dem Josef Joffe seine Berliner Kindheit in den 1950er Jahren in der Wittelsbacherstraße 28a erzählt. Prägende Jahre hat er diese Zeit zwischen Berlinblockade und Mauerbau später einmal genannt, die seinen „Instinkt gegen alles Totalitäre in der Politik“ geschärft hätten.



Josef Joffe

Es war aber noch mehr als das: „Zu Beginn standen nur zwei Autos vor dem Haus: der gräuliche Käfer des Hausarztes, der ein Stockwerk unter uns wohnte, und der blau-weiße Olympia Rekord meines Vaters mit dem Kennzeichen B-HE 674. Dann kamen Telefon (das schwarze Ding mit der Wählscheibe), Kühlschrank, Warmwasser und Fernseher.“ Und Joffe kommentiert: „Hier war Wirtschaftswunderland.“

Bekanntlich hat Ludwig Erhard den Begriff „Wirtschaftswunder“ nicht besonders geschätzt. Denn er unterschlägt, dass der deutsche Wohlstand kein Wunder, sondern das Ergebnis der Sozialen Marktwirtschaft, also eines institutionellen Arrangements für eine Wettbewerbsordnung sei. Die Deutschen haben sich ihren Wohlstand hart erarbeitet, weil sie selbst Hand anlegten in einem verrotteten Staat, und sind nicht von einem Wunder beschenkt worden. Aber das behauptet Joffe auch gar nicht, wenn er von seiner Kindheit erzählt. Da wurde gerackert von früh bis spät, die Wäsche gekocht, gewälzt und malträtiert, und es dauerte seine Zeit, bis Warmwasser und Zentralheizung Briketts und Holzboiler ersetzt hatten. „Das Paradies war’s nicht – die glückliche Kindheit ist ein Konstrukt der Erwachsenen“, schreibt Joffe. Aber es war erst recht nicht jene muffig-spießige Welt, als welche später von den „Achtundsechzigern“ und anderen die fünfziger Jahre schwarz-weiß gemalt wurden.

Unser heutiger Preisträger hat in dieser Zeit nicht nur ein positives Verhältnis zur Marktwirtschaft entwickelt und im Angesicht der ostdeutschen Alternative seine Abneigung gegen das Totalitäre ausgebildet. Er hat, wie viele seiner Generation, auch seine Bewunderung für Amerika entdeckt: „Als Zwölfjähriger gab es die ersten Zigaretten im

billigen Viererpack für dreißig Pfennig. Chester hießen sie, um den Minderbemittelten die große weite Welt der amerikanischen Chesterfield vorzugaukeln.“ Später müssen wir uns *Joffe* dann als „Exi“ – als Existenzialisten – vorstellen, mit olivgrüner Kutte aus US-Beständen, der abends im Radio oder in Clubs Dixie-Jazz hört.

Freiheit, Marktwirtschaft, transatlantische Begeisterung und antitotalitärer Impuls sind, wenn man so will, die Koordinaten, in die man *Joffes* intellektuelle Biographie hineinschreiben kann, natürlich weil er selbst in seinen Kindheitserinnerungen das so getan hat. Das, nebenbei gesagt, ist die Verlegenheit des Laudators, der fast alles, was er sagen will, bei *Joffe* selbst schon viel besser beschrieben findet. Selber schuld, kann ich mir nur zurufen, es ist mein Preis, den ich zahle für das Vergnügen, einen von Anfang meiner journalistischen Laufbahn an stets und immer geschätzten älteren Kollegen hier preisen zu dürfen. Ich werde das konsequenterweise mit vielen *Joffe*-Zitaten tun.

Beginnen wir, nach dem Rückblick in die fünfziger Jahre, mit einem Kommentar aus der vergangenen Woche im Handelsblatt unter dem Motto „Die sieben Euro-Mythen“, wo *Joffe* abrechnet mit den Rezepten der anglo-amerikanischen Ökonomen zur Lösung der Euro-Krise, die wir derzeit täglich in geballter Form entgegengeschleudert bekommen. Wer nämlich wähnte, *Joffe*, der sein ganzes journalistisch-akademisches Leben zwischen USA und Europa gependelt ist und in Amerika an den besten Universitäten ausgebildet wurde und lehrt, wer also wähnt, *Joffe* neige deshalb zu einer von Dankbarkeit gezeichneten Unterwürfigkeit gegenüber den USA, hat sich verschätzt. Anpassertum ist seine Sache nicht. Das Argument ist es, dem *Joffe* sich verpflichtet weiß. Und da sehen die *Krugmans* dieser Welt schwach aus, mögen sie noch so überzählig daher kommen und mit Nobelpreisen herumfuchteln. Oder was soll man von dem Vorwurf halten, die Deutschen sollten ihre Inflationsphobie ablegen und mit ihrem Reichtum den Euro retten, sonst dräue wie damals nach 1929 der Kollaps der Demokratie in Deutschland und quer durch Europa. Einspruch ruft *Joffe* den Harvard-Gurus *Nouriel Roubini* und *Niall Ferguson* entgegen: Beginn der Totalitarismus in Russland nicht schon im Jahr 1917? Und war *Mussolini* nicht schon 1922 an die Macht gekommen? Das war also alles vor 1929.

So geht das weiter, Punkt für Punkt. Besonders listig gerät die Entgegnung zum Vorwurf, Austeritätsregime hätten in den 1930er Jahren das Wachstum erwürgt und täten es auch heute wieder. „Wo ist die Austerität?“, kontert *Joffe* und erlaubt sich den Hinweis, dass auch jetzt noch in Griechenland, Spanien, England, Amerika und – manchmal übersehen – Deutschland die Schulden und die Defizite wachsen. „Austerität hieß damals ‚Null-Defizit‘. Heute beträgt es in Euroland knapp fünf Prozent. *Brüning* würde toben.“

Anders als viele Kommentatoren, die wir lesen, wird *Joffe* nicht müde, auf den Zusammenhang zwischen überbordenden Wohlfahrtsstaaten und Schuldenkrise hinzuweisen. Selbst von *Kristina Schröders* Betreuungsgeld (vulgo: Herdprämie) schafft er den Bogen zur Euro-Krise: „Hinter dem Absurden lauern leider mehr als die 1,2 Milliarden Euro für staatlich bestellte Aufzuchsbeamte (früher: Eltern). Die Betreuungsprämie symbolisiert aufs Feinste die Existenzkrise des Wohlfahrtsstaates, wie sie in der billionenschweren Schuldenkatastrophe aufscheint. Die wahren Schuldigen sind nicht die Finanzmärkte, die bloß genommen haben, was sie kriegen konnten. An den Pranger muss die Spendierwut demokratischer Gemeinwesen.“ Darin würde *Joffe* im Übrigen auch unser zweiter Preisträger, *Jens Weidmann*, beipflichten.

In Deutschland fand *Joffe* es immer schon ein bisschen eng. Seine Wochenkolumne im Tagesspiegel heißt nicht ohne Grund „Was macht die Welt?“ Wenn es wenigstens ein Berlin Review of Books gäbe. Oder, sagen wir, ein ZEIT Literary Supplement. „Aber vielleicht fehlt das eine, weil das andere knapp ist: die nicht so ganz vertrauten Ideen“, mutmaßt *Joffe* in seiner Dankesrede für den Ludwig-Börne-Preis, den er 1998 erhielt. Dafür, dass solche nicht ganz vertrauten Ideen fehlten, zürnt *Joffe* das Übermaß eines „Korporatismus des Geistes, die Seilschaften des Gemüts, die Gremienkultur der Gedanken, die wohlige Gemeinschaft der Gleichgläubenden, die den Abtrünnigen verurteilt mit der Erschießung zwischen allen Stühlen“. Kein Wunder, dass *Joffe* es bedauert, wenn ein alter Haudegen wie *Jürgen Grossmann* aus der deutschen Managerwelt abtritt. So ein massiger Anecker ist ihm allemal lieber als jene fürstlich bezahlten Feiglinge des Mainstreams, die zwischen Compliance und Corporate Social Responsibility immer alles richtig machen wollen.



Nein, Anpassung an den Korporatismus des Wohlfahrtsstaates ist genauso wenig *Joffes* Sache, wie die Anpassung an den Korporatismus der Gedanken. Lieber hält er es mit *Ludwig Börne*, dem großen jüdischen Freigeist: „Die Freiheit ist nichts Positives; sie ist nur etwas Negatives, die Abwesenheit der Unfreiheit.“ Dieser *Börne-Joffe'sche* Radikalismus trompetet Klänge einer Tradition heraus, die in Deutschland nicht die kräftigsten Wurzeln geschlagen haben. Sie passen bestens zu *Isaiah Berlin*, ein britischer Balte, *Friedrich A. von Hayek*, ein amerikanischer Österreicher, oder *Ralf Dahrendorf*, ein britischer Deutscher. Sie passen aber gerade deshalb besonders gut zum Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik.



Jens Weidmann

„Who is this guy?“ Es war nach einer verbürgten Überlieferung der amerikanische Präsident *Barack Obama*, der an jenem 4. November 2011 beim G-20-Treffen in Cannes diesen Ausruf gemacht haben soll. „Wer ist dieser Typ, der unsere Pläne durchkreuzt? Gebt mir seine Telefonnummer.“ Nein, gemeint war nicht *Josef Joffe*, sondern

Jens Weidmann. Alle Gipfelaktoren hatten schon zugestimmt, einen Teil der Devisenreserven der Notenbanken an den Internationalen Währungsfonds abzutreten, um damit die Märkte zu beruhigen. Es fehlte nur noch das Jawort des deutschen Bundesbankpräsidenten, der in Deutschland geblieben war. Und *Weidmann* sagte: „Nein“.

Weidmann lehnt sich gegen den mächtigsten Mann der Welt auf. Und obsiegt. Warum macht er das? Weil der Ökonom sofort gespürt hat, dass sich hinter all den technisch klingenden Worthülsen von Sonderziehungsrechten und Kreditfazilitäten der Versuch – man muss ihn schamlos nennen – einer monetären Staatsfinanzierung durch die Hintertür verbarg. Über den Umweg des Internationalen Währungsfonds wäre Notenbankgeld in die Haushalte der europäischen Krisenstaaten geschleust worden. Das darf nicht sein. *Weidmann*, so erzählt man sich, war schockiert darüber, dass im deutschen Kanzleramt in den Vorbereitungsstäben niemand rechtzeitig bemerkt hatte, wohin in Cannes der monetäre Hase laufen sollte. Und er habe, so erzählt man sich weiter, daraufhin eine Art tem-

porärer Amtshilfe durchgesetzt, womit ein paar Monate lang einer seiner Mannen aus der Frankfurter Bundesbankzentrale im Kanzleramt alle Rettungsvorschläge mit dem Scanner auf die Gefahr einer möglichen Monetarisierung von Staatsschulden durchleuchten musste. Es heißt, der Mann habe ordentlich zu tun gehabt. Es wäre besser gewesen, er wäre dauerhaft geblieben.

„Geldpolitik darf nicht den Ausputzer der Fiskalpolitik spielen und die Probleme mit der Notenpresse lösen“, sagt *Weidmann* wieder und wieder. Das ist sein stabilitätspolitisches Ostinato. Er sagt es, wenn wieder einmal einer vorschlägt, dem sogenannten Euro-Rettungsfonds ESM eine Banklizenz zu verschaffen, womit dessen Refinanzierung zwar auf Ewigkeit bequem gesichert wäre, aber die Risiken des Abenteuers für die Bürger Europas ebenfalls auf Ewigkeit prolongiert würden. Man darf vermuten, dass *Weidmann*, nicht weniger als sein Vorgänger *Axel Weber* oder Ex-EZB-Chefvolkswirt *Jürgen Stark* mehr als die üblichen Bauchschmerzen hat, wenn die EZB Staatsanleihen kriselnder Staaten aufkauft und sie sich diese Sünde schön malt mit der Ausrede, man kaufe ja „nur“ am Sekundärmarkt. Man darf zudem vermuten, dass *Weidmann* diese Haltung freundlich-penetrant auch gegenüber dem zwischen Grundsatztreue und Diplomatie hin und her schwankenden EZB-Präsidenten *Mario Draghi* einnimmt. Und wenn er es für nötig erachtet, schreibt er *Draghi* auch Briefe, die dann manchmal wie durch ein Wunder an die Öffentlichkeit gelangen.

Jens Weidmann ist ein Mann der Prinzipien. Das stand für ihn selbst und seine Freunde gewiss nie in Zweifel. Aber die Öffentlichkeit – zu der ich mich als Zeitungsmann zähle – plagte eine gewisse Unsicherheit, als *Weidmann* vor gut einem Jahr aus dem Zentrum des politischen Apparats der schwarz-gelben Regierung in Berlin an den Dornbusch in Frankfurt wechselte. Wird er, und sei es noch so sehr über Bande gespielt, womöglich doch der Empfänger *Merkel'scher* Winke bleiben? Wird er den Schneid haben, der deutschen Kanzlerin auf Augenhöhe zu begegnen und ihr Paroli bieten? Wird sich der viel zitierte Becket-Effekt einstellen, wonach nicht etwa die Person die Institution korrumpiert, sondern die Institution die Person formt nach ihren Regeln und zum Nutzen der von ihr zu vertretenden guten Sache?

Nach einem Jahr wissen wir, dass wir uns keine Sorgen machen müssen. Dieser Präsident lebt die Stabilitätstradition der Bundesbank. Und er vertritt sie auch im Zentralbankrat der EZB. „Wir müssen die Währungsunion als Stabilitätsunion erhalten“, sagt *Weidmann*. „In einer Schuldenunion wäre auch das den Deutschen gegebene Versprechen gebrochen, dass der Euro so stabil sein wird wie die D-Mark“, sagt er ebenfalls. Und wenn die deutsche Kanzlerin die Euroländer zum Sparen drängt, dann erinnert *Weidmann* die Bundesregierung daran, dass auch hierzulande der Schuldenstand auf Rekordniveau ist.

Solche Sätze sind für uns Bürger beruhigend in diesen unruhigen Zeiten, nicht nur, weil wir Angst haben um unser Geld – das sollte man übrigens nicht herunter spielen –, sondern auch, weil wir Sorge haben, dass in der Krise auch einige Grundsätze des anständigen Lebens verkommen könnten: Dass, wer den Nutzen hat, auch die Kosten tragen soll, ist so einer dieser Grundsätze, der für Wohlfahrtsstaaten wie für Banken gelten müsste. Oder dass jedermann für seine Entscheidungen haften soll und die Verantwortung nicht an andere delegieren darf. Das wäre ein weiterer dieser Grundsätze: Denn wer es sich erlauben kann, Verantwortung und Kosten seines Freiheitsgebrauchs an andere zu delegieren, der wird zu einem verantwortungslosen Leben, also dem Missbrauch seiner Freiheit, geradezu eingeladen. Was denkt *Jens Weidmann* mit diesen Grundsätzen wohl über die teilweise Einführung einer Bankenunion, also der Vergemeinschaftung bestehender Risiken im Bankensystem beim EU-Gipfel vor einer Woche in Brüssel? Wir wissen es nicht. Er hat sich bislang nicht geäußert. Aber wir ahnen es.

Die Warnung vor „Moral Hazard“ sei eine deutsche Obsession, hallt es uns aus dem internationalen Blätterwald entgegen. Nicht mit Moral und Prinzipien, sondern mit Pragmatismus müsse die Krise gelöst werden, so geht der vergiftete Rat. Man hört die Absicht und ist verstimmt: Denn

Pragmatismus meint meist nur „zahlen“ und, dass die Deutschen es sein müssten, von denen das Geld kommt. War solch ein Pragmatismus ohne Prinzipien nicht gerade dafür verantwortlich, dass Maastricht seine disziplinierende Wirkung nicht entfalten konnte? Kann dann derselbe Pragmatismus ohne Prinzipien uns jetzt den Weg aus der Krise weisen, der uns zuvor in die Krise hinein geführt hat? Zumindest die Jury der Ludwig-Erhard-Stiftung, für die ich hier spreche, ist froh, dass es an der Spitze der Bundesbank jemanden gibt, der mit den Prinzipien *Walter Euckens*, *Wilhelm Röpkens* und *Ludwig Erhards* etwas anfangen kann. Es geht beileibe nicht nur darum, deutschen Egoismus und deutsche Dickköpfigkeit zu demonstrieren. *Jens Weidmann* ist überzeugt davon, dass wir ohne diese Prinzipien auch den Wohlstand der europäischen Völker verspielen werden.

Weidmann beweist im Übrigen, dass Prinzipientreue und frischer Wind sich nicht widersprechen müssen. Intern sei die Kommunikation in der Bank deutlich frischer geworden, sagen die Banker: Bei den Volkswirten ist er nur der „*Jens*“, schließlich kommt er ja aus ihrer Abteilung, und er ist, wenn man den Zurufen aus der Bank glauben darf, immer ein Teamspieler geblieben. Extern ist dieser Bundesbankpräsident öffentlich so präsent wie keiner vor ihm. Das mag der Krise geschuldet sein, die den Bundesbanker zur Stellungnahme nötigt. Es entspricht aber auch dem Selbstverständnis des Mannes an der Spitze, der den Stabilitätsauftrag als öffentlichen Auftrag versteht: *Weidmann* warnt in der BILD-Zeitung vor der Einführung von Eurobonds. Er erklärt jungen Reportern im „Kinder-SPIEGEL“, warum es ein Problem ist, wenn Staaten zu hohe Schulden machen. Und er verwendet in jeder Rede, bei aller ökonomischer Präzision, immer eine anschauliche Alltagssprache. Gäbe es nicht schon genug Gründe: Dieses öffentliche Engagement für die Kultur der Stabilität wäre nicht das schlechteste Argument, einen Preis für Wirtschaftspublizistik in diesem Jahr an *Jens Weidmann* zu vergeben. ■



Zur Kritik am Kapitalismus

Dr. Josef Joffe

Herausgeber der Wochenzeitung DIE ZEIT

„Das kapitalistische Raubtier streift nicht mehr durch den Westen. Es ist ein Hauskater geworden, der an der Leine des Wohlfahrts- und Umverteilungsstaates läuft, aber freundlicherweise kräftig genug ist, um uns märchenhaften Reichtum zu verschaffen.“

Die Auszeichnung, die ich heute hochgeehrt und hochehrt empfangen, trägt den Namen des zweiten Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland, des besten, beständigsten und freiheitlichsten Staatswesens, das die Deutschen je hervorgebracht haben. Also lassen Sie uns an diesem Tag auch *Ludwig Erhard* ehren, der 1948 die Wirtschaftsführung der drei Westzonen übernahm. In jenem Jahr, genauer am 20. Juni, entstand mit der Währungsreform der neue Staat, obwohl er offiziell erst ein Jahr später auf die Welt kam.

Ludwig Erhards kühner Schritt in die Marktwirtschaft

Doch schon am 18. Juni preschte *Erhard* vor: weg mit der Zwangsbewirtschaftung und Preisbindung. Darauf wurde er zum amerikanischen Militärgouverneur *Lucius D. Clay* zitiert. Warum er sich erfrecht hätte, eigenmächtig Vorgaben des Besatzungsrechts zu verändern? *Erhard* schoss zurück: „Ich habe sie nicht verändert, ich habe sie abgeschafft!“ *Clay*: „Meine Berater sagen mir, dass Ihre Entscheidung falsch ist.“ *Erhards* trockene Replik: „Das sagen meine auch!“ Es war ein historischer Augenblick, ein halsbrecherisches Wagnis. Der spätere Kanzler hatte mit seiner Frechheit nicht nur die Alliierten, sondern auch den Zeitgeist beleidigt. Denken wir nur an das Ahlener Programm der CDU, das praktisch den Weg in den Sozialismus vorzeichnete. Und nun der erste und bestimmende Schritt in die Marktwirtschaft, die Deutschland heute zum viertreichsten Land auf diesem Planeten gemacht hat.

Noch besser: Ohne Wirtschaftswunder kein Politwunder, das dieses Land zum Musterbeispiel einer freiheitlichen und stabilen Demokratie gemacht

hat. Dieses Land ist in so vielen Hinsichten liberaler als Frankreich und England, und es funktioniert mindestens so gut wie die Schweiz. Nicht schlecht, wenn man sich an Weimar und das „zwölfjährige Reich“ erinnert.

Aber da ist ein Wurm drin, den *Karl Marx* und *Friedrich Engels* mit „falschem Bewusstsein“ beschreiben würden. Erstens redet der deutsche Mensch nicht von Marktwirtschaft, sondern von Kapitalismus, was im Deutschen, anders als im Englischen, einen üblen Beiklang hat. Acht von zehn Deutschen assoziieren Kapitalismus mit Gier, Ungleichheit und Ausbeutung. Fast die Hälfte hat keine „gute Meinung“ vom hiesigen Wirtschaftssystem.

Dies ist zweitens umso erstaunlicher, als wir hier gar keinen Kapitalismus haben wie in den Zeiten von *Marx* und *Engels*. Weiland war der Staat in Friedenszeiten für fünf Prozent der Wirtschaftsleistung gut, heute für knapp die Hälfte. „Ausbeutung und Ungleichheit“ können nicht ein System beschreiben, in dem ein Drittel des Inlandsproduktes aus Transfers besteht, also Einkommen, das nicht auf dem Markt erwirtschaftet wird. Um das zu verdeutlichen: Der deutsche Gini-Koeffizient, der Einkommensungleichheit misst, ist innerhalb der OECD mit einem Wert von 0,5 relativ hoch. Nach Steuern und Transfers aber halbiert er sich fast und gerät zu einem der niedrigsten der Welt. Wir haben in diesem Land also reichlich von beidem: Wohlstand und Gleichheit. Die beste von allen Welten.

Keine Demokratie ohne Kapitalismus

Wie hätte die Welt ohne Kapitalismus ausgesehen, dieser mächtigsten Wachstumsmaschine der Ge-

schichte, wo Gewinnstreben das Angebot treibt und Wettbewerb die Preise senkt, es sei denn, der Staat fährt mit Preisbindung, Subventionen oder Marktabschottung dazwischen. *Marx* und *Engels* hatten das schon richtig verstanden. Ohne dieses System wären wir noch im Feudalismus gefangen – mit Leibeigenen, die ans Land gekettet sind, und mit Lehnsherren, die den letzten Tropfen Mehrwert aus ihnen herausquetschen. Oder in einer Planwirtschaft à la Sowjetunion, die höchste Ungleichheit mit niedrigster Effizienz vereint hat.

Und dennoch reden wir hier vom Raubtierkapitalismus, als wenn wir im London von *Charles Dickens* lebten, der heuer 200 Jahre alt geworden wäre. Es ist sehr wohl wahr, dass weiland eine neue Lohnknechtschaft begründet wurde, die Elend und Ausbeutung nach sich zog. Aber das kapitalistische Raubtier streift nicht mehr durch den Westen. Es ist ein Hauskater geworden, der an der Leine des Wohlfahrts- und Umverteilungsstaates läuft, aber freundlicherweise kräftig genug ist, um uns märchenhaften Reichtum zu verschaffen.

Und trotzdem das „falsche Bewusstsein“. Ich zitiere hierzu *Joachim Gauck*. Verblüfft notiert er eine neue „antikapitalistische Welle“ in Deutschland und folgert: „Wer ausgerechnet der Wirtschaft die Freiheit nehmen will, wird mehr verlieren als gewinnen.“ Drücken wir das noch etwas kräftiger aus: Es gibt zwar Kapitalismus ohne Demokratie, aber keine Demokratie ohne Kapitalismus. Das ist kein Zufall. Am Anfang stand im Westen der Rechtsstaat. Nach der sogenannten Rule of law steht der Herrscher unter, nicht über dem Gesetz. Sie machte den Kapitalismus überhaupt erst möglich, indem sie das Eigentum schützte, die Willkür der Obrigkeit einhegte und Vertragstreue durchsetzte. Auf diesem Boden der Berechenbarkeit stand der Kapitalismus, der wiederum der Demokratie den Weg bereitete.

Wie das? – Einfach! Wo Eigentum und Wohlstand herrschen, wächst eine Mittelschicht heran, die nicht nur Gewinn, sondern auch Mitsprache will. Ich würde etwas frohgemuter auf den arabischen Frühling blicken, wenn er auf den historischen Nährboden des Rechtsstaates und des Kapitalismus zurückgreifen könnte. Aber läuft der Kapitalismus ohne Demokratie nicht prächtig in China? Heute, da wieder „Kapitalismuskrisis“ angesagt ist, glänzen abermals die Modelle der auto-

ritären Modernisierung oder des Staatskapitalismus.

Nur: Auch die forcierte Industrialisierung unter *Stalin* und *Hitler* glänzte eine Zeit lang. Doch der deutsche Weg führte in den Weltkrieg, während der sowjetische vor zwanzig Jahren an dem Wahn zerbrach, dass der Staat es besser wisse.

Leider kann der allmächtige Staat nicht endlos den Markt ersetzen, das beste Informations- und Korrektursystem seit Jäger- und Sammlerzeiten. Der Markt ist grausam, aber effizient. Er bestraft das Überkommene und belohnt das Neue. Der Staat denkt dagegen politisch. Er baut wettbewerbsfreie Räume, lenkt billiges Kapital in favorisierte Unternehmen, stärkt seine Macht durch Klientelwirtschaft. Das Politische schlägt das Ökonomische. So entsteht anfänglich rapides Wachstum, aber keine Freiheit und Innovationsfähigkeit. Die sprießt auf freien Märkten mit ihren vielen Kapitalquellen und Wettbewerbern. In China machen Staatsunternehmen 80 Prozent des Börsenwertes aus, und jede Statistik, die ich kenne, bescheinigt denen, dass sie deutlich weniger profitabel sind als die Privaten.

Kapitalismus ohne Demokratie? Die Geschichte sagt Nein. Die kommunistische Partei in China wähnt, das Volk auf ewig mit dem Slogan ruhigstellen zu können: „Bereichert euch, aber die Zügel bleiben in unserer Hand.“ Wenn das auf Dauer funktionierte, wäre China nicht von dieser Welt. Kommt es nicht zu Revolte und Repression in China, wird die List des Kapitalismus sich auch bei *Deng Xiaopings* Erben durchsetzen: Wachstum gleich Mittelschicht gleich Demokratisierung, die den Reichtum und das Sagen von den Bonzen zu den Bürgern umleitet. Siehe Taiwan, Südkorea und Japan, die alle als staatskapitalistische Systeme begonnen haben und ab einem gewissen Wohlstandsniveau die Diktatoren abgeschüttelt haben, in Japan den Einparteienstaat der LDP.

Die Rolle des Staates in der Finanz- und Schuldenkrise

Zu guter Letzt möchte ich den Hauptanklagepunkt der gegenwärtigen Kapitalismuskritik aufnehmen: Der Staat kann es besser, derweil der Markt bloß Gier und Exzess hervorbringt. Tagtäglich lesen wir in den Zeitungen, wie Banker und

Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik Ausschreibung 2013



Die **Ludwig-Erhard-Stiftung** vergibt alljährlich einen von Ludwig Erhard gestifteten Preis für Wirtschaftspublizistik. Neben dieser Auszeichnung wird ein Förderpreis verliehen.

Dieser Förderpreis wird hiermit öffentlich ausgeschrieben. Er ist für Journalisten, Wissenschaftler und Angehörige anderer Berufe bestimmt, die jünger als 35 Jahre sind. Über die Preisvergabe entscheidet eine unabhängige Jury; das Preisgeld beträgt 5000,- €.

Die Jury berücksichtigt Presseartikel, Arbeiten der wissenschaftlichen Publizistik sowie Hörfunk- und Fernsehbeiträge, die zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2012 im In- oder Ausland verbreitet wurden und in enger Beziehung zur Sozialen Marktwirtschaft stehen. Bewerbungen oder Vorschläge Dritter müssen der Stiftung zusammen mit einem kurzen Lebenslauf bis zum 1. Februar 2013 zugehen.

Der Vorstand der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.

Hans D. Barbier

Ulrich Blum • Otmar Franz • Michael Fuchs •

Martin Grüner • Thomas Hertz • Christian Watrin

Einsendeschluss: 1. Februar 2013
Beiträge und Vorschläge bitte an:

Ludwig-Erhard-Stiftung
Johanniterstraße 8
53113 Bonn

Telefon 02 28/5 39 88-0
Telefax 02 28/5 39 88-49
info@ludwig-erhard-stiftung.de

Hedgefonds-Manager ihre Gewinne privatisiert, ihre Verluste sozialisiert haben, und das auch mit krimineller Energie.

Blicken wir aber genauer hin: Die Suppe, an der sich die cleveren Jungs gelabt haben, hat der Staat angerührt, hier wie in den USA. Die Finanzkrise haben die Staaten aufgelegt. In Europa mit astronomischen Schulden, die ein zentrales Gebrechen des modernen Wohlfahrtsstaates widerspiegeln: Dieser gibt grundsätzlich mehr aus, als er einnimmt.

In Spanien war es das billige Geld, das die Immobilienspekulation genährt hat, in Amerika ebenso mit dem Slogan „Wohneigentum für alle“, der dafür gesorgt hat, dass 30 Millionen Hypotheken an Schuldner verschleudert wurden, die sie nicht bedienen konnten. Hier wie dort haben die Zentralbanken seit den 1990ern eine Billionen-Blase mit billigem Geld aufgepumpt. Dies ist keine Kapitalismus-, sondern eine Entschuldungskrise, und der Staat hat sie überhaupt erst möglich gemacht.

Weiß der Staat es wirklich besser? Wenn dem so wäre, wären nicht ausgerechnet unsere Landesbanken am tiefsten in die Pleite gerasselt. Wenn, so das jüngste Beispiel, Barclays nicht mit der Bank of England gekungelt hätte, hätte sie nicht die Zinsmanipulationen durchziehen können. Gier und Exzess – gewiss doch. Aber der Staat war der große Begünstiger, ja der aktive Mitschuldige am Desaster. Ganz schlicht gefragt: Wieso sollte ein verdienter Politiker, der mit dem Vorstand einer Landesbank belohnt wird, es besser wissen?

Er weiß es nicht, und deshalb sollte unsere Staatsgläubigkeit bescheidener sein. Wer heute „Kapitalismuskrise“ sagt, müsste in Wahrheit von der „Staatskapitalismuskrise“ westlicher Prägung reden. Deshalb zurück zum Namensgeber des Preises, der heute verliehen wird. *Ludwig Erhard* hat zwar den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft geprägt, aber dahinter stand der Ordoliberalismus, der nicht etwa den ohnmächtigen Staat predigt, sondern ihm eine entscheidende Aufgabe zuweist. Er soll die Wirtschaft nicht führen, sondern einen Ordnungsrahmen für freien Wettbewerb zimmern.

Mit dem Adjektiv „frei“ sind gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle gemeint, was die Angelsachsen ein „level playing-field“ nennen. Der Ordnungsrahmen soll Monopole und Oligopole verhindern, die Freiheit aller vor der Marktmacht mancher schützen. Er soll für Chancengleichheit, nicht für Ergebnisgleichheit sorgen. Und er soll dabei aufpassen, dass niemand vom Wagen fällt. Eben Marktwirtschaft plus Soziales. Deshalb sollten wir heute nicht allein die Preisträger *Weidmann* und *Joffe* ehren, sondern auch und vor allem *Ludwig Erhard*, der im Februar 115 Jahre alt geworden wäre. Mit seiner frechen Offensive gegen die Alliierten hat er vor 64 Jahren den Grundstein dieser Republik gelegt.

Dieser Mann ist heute aktueller denn je. Winken wir ihm zu, falls er gerade auf seiner Wolke seine Zigarre schmaucht. Und sagen wir uns selber: weniger Etatismus, mehr *Erhard*. Er hat unsere Verehrung verdient, heute mehr denn je. Ich danke der Jury für diesen prächtigen Preis. ■



Die Stabilitätsunion sichern

*Dr. Jens Weidmann
Präsident der Deutschen Bundesbank*

„Wenn die Politik die Schrittfolge einer Integrationsvertiefung umkehrt, also erst die gemeinsame Haftung etabliert und dann auf lange Frist die Fiskalunion anstrebt, werden wir keine Stabilitätsunion erreichen.“

Über die Zuerkennung des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik habe ich mich sehr gefreut, wengleich ich gestehen muss, dass ich sehr überrascht war, als ich auf der IWF-Frühjahrstagung davon erfuhr. Aber bei näherer Betrachtung zeigt sich eben auch, wie wichtig das öffentliche Verständnis der Bedeutung stabilen Geldes für die Notenbanken ist und dass hierzu auch eine publizistische Arbeit notwendig ist.

Ich danke der Jury für diese ehrenvolle Auszeichnung und möchte zugleich betonen, dass ich diesen Preis nicht allein als Würdigung meiner Person verstehe, sondern auch und vor allem der Institution, deren Präsident ich bin, und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Zur Stabilitätskultur der Bundesbank

Ludwig Erhards Handeln und Denken war von seinem Vertrauen in die marktwirtschaftlichen Prinzipien geprägt. Dazu zählt nicht zuletzt, dass wirtschaftliche Freiheit und das Prinzip der Haftung zwei Seiten einer Medaille sind. Denn nur Marktakteure, die für ihr Handeln auch selbst haften, handeln verantwortlich. Diese Überzeugung hat in den letzten Jahrzehnten nichts an Aktualität und Relevanz verloren.

Die Geschichte der Bundesbank ist eng mit dem Wirken *Erhards* verbunden. Schließlich war er maßgeblich verantwortlich für die Währungsreform von 1948 und gilt als „Vater der D-Mark“. In seinem Buch „Wohlstand für Alle“ schrieb er: „Die Soziale Marktwirtschaft ist ohne eine konsequente Politik der Preisstabilität nicht denkbar.“ Beständiger Anwalt in dieser Sache war und bleibt die Bundesbank. Stabiles Geld ist das Fundament, auf dem wirtschaftlicher Wohlstand erst gedeihen

kann. Die vorteilhaften Wirkungen der Sozialen Marktwirtschaft beruhen zu einem wesentlichen Teil auf Voraussetzungen, die eine Marktwirtschaft nicht aus sich selbst hervorbringen kann. Dies erkannt zu haben, lange bevor die Institutionenökonomik in den Wirtschaftswissenschaften breite Popularität erlangte, ist das Verdienst der Begründer der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland.

Die entscheidende Bedeutung von Regeln und Institutionen für einen stabilen marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen erweist sich gerade in Zeiten von Krisen. Mit der Finanz- und Schuldenkrise ist die Bundesbank wieder stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt als in den ersten Jahren nach Einführung des Euro. Das spüre ich auch ganz persönlich. Wir werden nun wieder stärker als eigenständige und notwendige Institution wahrgenommen, und zwar sowohl in Deutschland als auch im Eurosystem. Die Bundesbank ist nahezu jedem Deutschen ein Begriff, die Unterstützung für unser Primärziel Geldwertstabilität ist breit angelegt. Es ist dieser Rückhalt in der eigenen Bevölkerung, der den Erfolg einer Notenbank erst möglich macht. Und hierbei spielt eben auch die Berichterstattung einer gut informierten Presse eine große Rolle.

In der internationalen Presse hingegen gilt die Bundesbank bisweilen wahlweise als dogmatisch, starrsinnig oder als Prinzipienreiterin, weil wir auch in der Krise auf die Bedeutung von Geldwertstabilität und die Notwendigkeit der Bindungswirkung von Regeln für einen dauerhaft stabilen Ordnungsrahmen hinweisen. Dies ist für viele eine unbequeme Wahrheit.

Nicht selten heißt es, die Deutschen seien geradezu besessen von ihrer Furcht vor Inflation, weil sich die Erfahrung einer Hyperinflation in den

1920er Jahren ins kollektive Gedächtnis gebrannt habe. Zugegeben, diese Erfahrung mag dazu beigetragen haben, dass uns Deutschen Geldwertstabilität besonders wichtig ist. Eine ebenso wichtige Rolle spielt aber auch die positive Erfahrung, welche die Deutschen mit der D-Mark gemacht haben.

Die D-Mark war stabiler als die meisten anderen Währungen. Das ist nicht zuletzt dem starken Rückhalt in der Bevölkerung zu verdanken, der es erst erlaubte, die Unabhängigkeit der Bundesbank in der Praxis mit Leben zu füllen. In einem Aufsatz zum zehnten Jahrestag der Einführung der D-Mark schrieb *Ludwig Erhard*: „Wer hätte mehr Vertrauen verdient als eine Bundesregierung und die Leitung einer Notenbank, die allen Verführungen zum Trotz auf dem Pfad der Tugend blieben, das heißt eine Wirtschafts- und Währungspolitik verfolgten, die ein so zartes Pflänzchen wie die junge Deutsche Mark binnen ... zehn Jahren zu einer der härtesten Währungen der Welt werden ließ.“

Was *Erhard* in dieser Aussage verschweigt, ist, dass die Notenbank gerade in den Anfangsjahren heftige Auseinandersetzungen mit Bundeskanzler *Konrad Adenauer* hatte. Ich spiele auf die legendäre „Fallbeil“-Rede an: Als Mitte der fünfziger Jahre die deutsche Konjunktur zu überhitzen drohte und der Zentralbankrat die geldpolitischen Zügel anzog, schimpfte *Adenauer* auf die Geldpolitik, die „wie ein Fallbeil“ die kleinen Leute treffe. Der Zentralbankrat ließ sich davon wenig beeindrucken, was wiederum die Bevölkerung beeindruckte und das Ansehen der jungen Notenbank stärkte. Ohne den Rückhalt in der Bevölkerung hätte sich auch die Bundesbank schwergetan, ihren stabilitätsorientierten Kurs konsequent zu verfolgen. Weil dem so ist, hätten auch die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands einmal einen *Erhard-Preis* verdient.

Der Rückhalt und das Vertrauen in die Stabilitätsorientierung der Bundesbank zahlte sich gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten aus: In den ölkrisengeplagten siebziger Jahren verzeichneten wir mit einer durchschnittlichen Inflation von fünf Prozent zwar auch in Deutschland eine recht hohe Teuerung. Mit Ausnahme der Schweiz hatten die meisten anderen Industrieländer jedoch mit deutlich höheren Inflationsraten zu kämpfen: zum Beispiel USA acht Prozent, Japan neun Prozent,

Frankreich zehn Prozent, Italien 14 Prozent und Spanien 15 Prozent.

Die Bundesbank hat sich nie gescheut, unbequeme Ansichten zu vertreten. Das hat sich auch mit der Einführung des Euro nicht grundlegend geändert. Bereits im Vorfeld der Währungsunion wies die Bundesbank auf die Konsequenzen einer gemeinsamen Währung hin. In einer Stellungnahme von 1990 hieß es: „Letzten Endes ist eine Währungsunion damit eine nicht mehr kündbare Solidargemeinschaft, die nach aller Erfahrung für ihren dauerhaften Bestand eine weiter gehende Bindung in Form einer umfassenden politischen Union benötigt.“

Nun würde ich diesen 22 Jahre alten Satz insoweit relativieren, als nach meiner Überzeugung eine Währungsunion sehr wohl ohne eine umfassende politische Union grundsätzlich funktionieren kann. Aber er zeigt, dass die Bundesbank schon damals kommen sah, welche Probleme eine Währungsunion mit finanzpolitisch souveränen Mitgliedstaaten nach sich ziehen kann und dass ein stärkerer Souveränitätsverzicht eine Möglichkeit ist, dieser Probleme Herr zu werden.

Natürlich haben solche Äußerungen damals bei manchen den Eindruck erweckt, die Bundesbank wolle vor allen Dingen eines: die Währungsunion verhindern, um ihre Bedeutung nicht zu verlieren. Die aktuelle Krise zeigt jedoch, dass die Mahnungen sachlich gerechtfertigt waren.

Die Rolle der Geldpolitik in der Krise

Auch für die Bundesbank ist klar, dass die Schuldenkrise im Euroraum eine außergewöhnliche Situation ist, die außergewöhnliche Maßnahmen erfordert. Wir haben jedoch von Anfang an vor den Risiken und Nebenwirkungen der geld- und fiskalpolitischen Krisenoperationen gewarnt. So müssen auch kurzfristig wirkende Krisenmaßnahmen vor dem Hintergrund ihrer langfristigen Wirkungen betrachtet werden. Eine rein kurzfristig orientierte Krisenpolitik nach dem Motto „Not kennt kein Gebot“ können und wollen wir nicht gutheißen.

Die Bundesbank steht hinter dem Euro. Und gerade deshalb setzen wir uns mit Verve dafür ein, dass der Euro eine stabile Währung bleibt und die



Währungsunion eine Stabilitätsunion. Es gibt verschiedene Wege, dieses Ziel zu erreichen. Sicherlich nicht erreichen werden wir dieses Ziel aber, wenn die europäische Geldpolitik in zunehmendem Maße für Zwecke eingespannt wird, die ihrem Mandat nicht entsprechen.

Die unkonventionellen Sondermaßnahmen des Eurosystems haben dazu beigetragen, eine Eskalation der Krise zu verhindern. Das Eurosystem hat im Zuge dieser Maßnahmen aber erhebliche Risiken auf seine Bilanzen genommen, Risiken innerhalb des Euroraums umverteilt und sein Mandat weit gedehnt. Das Problem ist, dass wir zunehmend bedrängt werden, weitreichende Entscheidungen zu treffen, für die wir meines Erachtens demokratisch nicht legitimiert sind. Dies gilt gerade unter den Rahmenbedingungen einer Währungsunion souveräner Mitgliedstaaten. Im Übrigen sollte klar sein, dass diese Bilanzrisiken auch Risiken für das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Notenbanken darstellen.

Letztlich spiegelt sich in den gestiegenen bilanziellen Risiken, dass im Zuge der Krisenbekämpfung die Grenzen zwischen Geld- und Finanzpolitik unschärfer geworden sind. So unvermeidbar diese Verwischung bis zu einem gewissen Grad ist, sie darf nicht so weit führen, dass die Geldpolitik sich vor den Karren der Finanzpolitik spannen lässt. Unbegrenzte Staatsanleihekäufe oder eine Zentralbankfinanzierung der Rettungsschirme („Banklizenz“), wie sie immer wieder gefordert werden, dehnen nicht bloß das Mandat der Notenbanken, sie sind mit ihm unvereinbar. Denn sie würden mit dem Verbot der monetären Staatsfinanzierung kollidieren: Staatsdefizite dürfen nicht mithilfe der Notenpresse finanziert werden. Das Eurosystem ist einzig und allein deswegen unabhängig gemacht worden, damit es die Geldwertstabilität gewährleisten kann. Die Unabhängigkeit darf nicht dazu dienen, die demokratische Legitimierung fiskalpolitischer Entscheidungen zu umgehen.

Die Geldpolitik kann die Krise im Euroraum nicht lösen. Die Krise ist im Kern eine Vertrauenskrise, und Vertrauen kann man mit Geld nicht kaufen. Es muss mühsam erarbeitet werden, indem die Probleme an der Wurzel angegangen werden. Maßnahmen, die die Krise bei ihren Ursachen packen, kann nur die Finanz- und Wirtschaftspolitik ergreifen.

Der bisherige Krisenverlauf hat indes gezeigt, dass sehr oft, wenn die Notenbanken Krisenmaßnahmen ergriffen haben, der nachlassende Handlungsdruck dazu geführt hat, dass die Finanzpolitik ihre Hausaufgaben auf die lange Bank geschoben hat. Die Sorgen der Gründungsväter der Währungsunion haben sich insoweit als berechtigt erwiesen. Und wer glauben sollte, dass sich ein tragfähiges europäisches Haus auf dem Fundament einer Notenbankfinanzierung bauen ließe, der irrt und verwechselt das Schmerzmittel mit der Ursachentherapie. Hier sind vielmehr fundamentale politische Richtungsentscheidungen gefordert, die von der Bevölkerung mitgetragen und legitimiert werden müssen.

Wege zu einem konsistenten Rahmen in der Währungsunion

Die Währungsunion wird nur dann dauerhaft stabilisiert, wenn sich die Politik auch auf einen konsistenten und glaubwürdigen Ordnungsrahmen einigt. Derzeit gibt es eine einheitliche europäische Geldpolitik, aber 17 nationale Finanzpolitiken. Mitgliedstaaten haften grundsätzlich nicht für die Schulden anderer Mitgliedstaaten (No-bail-out-Klausel). Weil in einer Währungsunion aber die Versuchung einer übermäßigen Verschuldung steigt, gab und gibt es zusätzliche Fiskalregeln, die ein exzessives Schuldenmachen mithilfe der Androhung finanzieller Sanktionen verhindern sollen – oder wie es der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht *Udo Di Fabio* jüngst ausgedrückt hat, „ein Grenzzaun, ... der, wenn er hält, vor Schäden bewahrt, die aus einem leichtfertigen Umgang mit der Freiheit entstehen“.

Auf dem Papier ist dies ein schlüssiger Rahmen, da der Haftungsausschluss dafür sorgt, dass die finanzpolitische Eigenständigkeit nicht zur Verantwortungslosigkeit gegenüber den anderen Mitgliedsländern wird. Diese beiden Seiten von Eigenverantwortung – selbst entscheiden und selbst die Folgen tragen – sind ein konstitutives Prinzip marktwirtschaftlicher Systeme, und die Schwächung dieses Prinzips ist bekanntlich ein wichtiger Faktor für die Erklärung der Finanzkrise.

Die Staatsschuldenkrise hat freilich auch Schwächen in dem bestehenden Maastricht-Rahmen offengelegt. So hat sich gezeigt, dass Ansteckungsri-

siken und Gefahren für die Finanzstabilität in diesem Rahmen unzureichend Beachtung finden.

Die Politik hat auf diese Schwachstellen mit institutionellen Reformen reagiert. In einem Rahmen letztlich Eigenverantwortlichkeit der Mitgliedstaaten sind zuvorderst diese gefordert, das in der Krise verloren gegangene Vertrauen in die fiskalische Solidität und die Stabilität der nationalen Finanzsysteme wiederherzustellen. Dort, wo dies nicht ausreicht, wurden Unterstützungsfazilitäten eingesetzt, die den betroffenen Ländern Zeit für die notwendigen Anpassungen geben. In einem Rahmen der Eigenverantwortlichkeit sind diese solidarischen Hilfen jedoch naturgemäß begrenzt. Hilfsprogramme dürfen nur gegen die Erfüllung von Bedingungen gewährt werden, und die Ausgestaltung der Programme hat Anreize zu setzen, möglichst rasch wieder auf eigenen Beinen zu stehen. Weitgehend unkonditionierte Hilfen oder gar Transferzahlungen sind mit dem ursprünglichen Maastricht-Rahmen nicht vereinbar.

Mit Blick auf die bisherige Krisenpolitik stellt sich deshalb immer dringlicher die Frage, ob der bestehende Rahmen überhaupt noch tragfähig ist – nicht, weil er grundsätzlich ungeeignet wäre, wohl aber, weil wir uns vom Maastricht-Rahmen zunehmend entfernen, da Risiken immer stärker vergemeinschaftet werden und die Bindungswirkung der vereinbarten Regeln über die Zeit immer schwächer wurde.

Konkret: Die Gewährung von Fiskalhilfen aus den Rettungsfonds wurde ursprünglich an eine strenge Konditionalität mit Überwachung gebunden. Zudem wurden deutliche Zinsaufschläge vereinbart, damit der Eintritt in ein Programm und der möglichst lange Verbleib darin nicht attraktiv werden. Fiskalhilfen sollten Ultima Ratio der Krisenpolitik sein. Diese Position wurde mittlerweile erkennbar aufgeweicht. Nachdem auf Zinsaufschläge bereits weitgehend verzichtet wird, heißt es nun, dass die Einhaltung der bestehenden Verpflichtungen im Rahmen des europäischen fiskalpolitischen und makroökonomischen Regelwerks ausreichen kann, um Fiskalhilfen zu erhalten. Die Konditionalität würde somit weiter gelockert, der Ultima-Ratio-Gedanke weiter untergraben. Geht man diesen Weg weiter, dann wird der Maastricht-Rahmen der nationalen Eigenverantwortung weitgehend entkernt.

Wie sieht nun aber eine tragfähige und in sich schlüssige Alternative zu einem derart inkonsistenten Ordnungsrahmen aus? Sicherlich nicht so, dass die Staaten weiterhin autonom ihre Finanzpolitik festlegen, die Folgen aber weitgehend auf die anderen abwälzen können. Wenn die No-bail-out-Klausel nicht mehr streng angewandt wird und Staaten de facto für andere haften, dann muss diese Mithaftung die nationale Entscheidungsfreiheit der Empfängerländer beschneiden.

Zu Beginn habe ich bereits erwähnt, dass Freiheit und Haftung zwei Seiten derselben Medaille sind. Wenn die Haftung für die eigenen Entscheidungen aber nicht mehr glaubwürdig ist und eine Mithaftung der anderen von den politisch Verantwortlichen für unausweichlich befunden wird, dann müssen die, die haften sollen, Kontrollmöglichkeiten bekommen. Haftung und Kontrolle müssen dann ins Gleichgewicht gebracht werden.

Eine weitere Ausdehnung von Gemeinschaftshaftung setzt daher strenge Regeln sowie zentrale Kontrollmöglichkeiten und Durchgriffsrechte voraus. Diese stellen einen erheblichen Eingriff in die nationale Souveränität dar, und sie setzen daher – einstimmig zu beschließende – Änderungen der EU-Verträge und typischerweise Anpassungen der nationalen Verfassungen voraus.

Einen derartigen Integrationsschub bekommen wir also nicht von heute auf morgen. Das darf aber kein Grund sein, die Reihenfolge auf den Kopf zu stellen. Wenn die Politik die Schrittfolge einer Integrationsvertiefung umkehrt, also erst die gemeinsame Haftung etabliert und dann auf lange Frist die Fiskalunion anstrebt, werden wir keine Stabilitätsunion erreichen. Darauf hätte wohl auch *Ludwig Erhard* mit Nachdruck hingewiesen.

Hat der Euro-Gipfel der letzten Woche hier mehr Klarheit geschaffen? Meine Antwort hierauf ist: Nein. Ein definitives Urteil fällt schon deshalb schwer, weil die Beschlüsse einen weiten Interpretationsspielraum eröffnen. Unbeantwortet bleibt vor allem, ob der Maastricht-Rahmen weiterhin Geltung haben soll oder ob ein Mehr an Integration einschließlich der Aufgabe nationaler Souveränität – im fiskalischen Bereich – angestrebt wird. Solange dies unklar bleibt, ist die Ankündigung neuer Hilfen kritisch zu sehen; zumal wenn diese weitgehend ohne zusätzliche Bedingungen in Aus-



sicht gestellt und Regeln zum Schutz der Geberländer – Stichwort: vorrangiger Gläubigerstatus – aufgeweicht werden. Das ursprüngliche Konzept, das Hilfen als Ultima Ratio gegen strikte Konditionalität und Überwachung vorsieht, wird so weiter aufgeweicht, die Balance zwischen Haftung und Kontrolle wieder ein Stück in Richtung Gemeinschaftshaftung verschoben.

Das zweite Ergebnis des Gipfels ist das prinzipielle Bekenntnis zu einer echten europäischen Bankenaufsicht. Diese institutionelle Weichenstellung kann im Prinzip ein wichtiger Bestandteil einer stärkeren Integration der Währungsunion sein. Hier kommt es aber ebenfalls auf die konkrete Ausgestaltung und die richtige Schrittfolge an. Haftung und Kontrolle müssen auch hier in der Balance bleiben. Eine direkte Bankenrekapitalisierung über gemeinschaftliche Mittel sollte nicht vor einer Etablierung einer effektiven Aufsichtsstruktur und nicht ohne die vorherige Übernahme der Verantwortung für bestehende Fehlentwicklungen durch die Anteilseigner und die betroffenen Mitgliedstaaten erfolgen.

Meiner Ansicht nach muss eine Neuordnung des institutionellen Rahmens der Bankenaufsicht auch in eine umfassende Neuordnung des regulatorischen Rahmens der Aufsicht und in eine Begrenzung der nationalen Spielräume der Wirtschafts- und Finanzpolitik eingebettet werden. Dies anders zu sehen, hieße, die Aufsicht zu überfordern. Ungeklärt bleibt auch die Frage der parlamentarischen Kontrolle der zentralisierten Auf-

sicht, die auch hoheitliche Entscheidungen treffen würde, und der möglichen Interessenkonflikte, falls die Europäische Zentralbank Aufsichtsfunktionen übernehmen sollte.

Kurzum: Eine Bankenunion ist kein kurzfristiges Instrument zur Lösung der bestehenden Probleme, sondern ein ambitioniertes Projekt, dessen Komplexität nicht hinter der der Währungsunion und der vergemeinschafteten Geldpolitik zurücksteht.

Ich möchte der Ludwig-Erhard-Stiftung noch einmal herzlich für die Auszeichnung danken. Der Verhaltenskodex der Bundesbank untersagt es Vorstandsmitgliedern aus gutem Grund, ein solches Preisgeld selbst anzunehmen. Auf meinen Wunsch kommt es stattdessen der Stiftung „Zwerg Nase“ zugute. Die Stiftung finanziert den Betrieb des Zwerg-Nase-Hauses in Wiesbaden. Die Einrichtung ermöglicht behinderten Kindern Pflegeaufenthalte. Damit sollen die Lebensqualität der Kinder gesteigert und auch ihren Familien die Möglichkeit zur Erholung verschafft werden.

Und schließlich gratuliere ich natürlich meinem Mitpreisträger, Herrn *Dr. Joffe*. Die Medien tragen in der aktuellen Krise eine große Verantwortung. Sie müssen den Menschen die enorm komplizierten Zusammenhänge verständlich vermitteln, und sie sollen über die Krise und die Krisenpolitik aufklären, ohne dabei in Schwarzmalerei zu verfallen. Journalisten und Publizisten, denen dieser Spagat gelingt, gilt daher eine große Anerkennung. ■